



## Entlastungspaket

# Weitere Unterstützungen und Entlastungen

**IG Metall fordert staatliche Maßnahmen mit dem Ziel die Energiesicherheit zu gewährleisten, Verbraucher\*innen zu entlasten, die Inflation zu dämpfen und die industrielle Basis in Deutschland zu erhalten.**

Die exorbitanten Strom- und Gaspreise drohen die Gesellschaft zu spalten. Die Energiepreise sind der Haupttreiber für die Inflation und schmälern die Kaufkraft der Verbraucher\*innen. Viele Bürger\*innen können ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen. Die IG Metall macht sich daher seit langem auf allen Ebenen für einen Gas- und Strompreisdeckel für den Grundbedarf stark und fordert gezielte Wirtschaftshilfen für besonders stark betroffene Branchen.



Jetzt wurden - auch auf Druck der IG Metall - wieder neue Entlastungen und Unterstützungen beschlossen und auf den Weg gebracht:

- Auch Rentner\*innen und Versorgungsbezieher erhalten bis zum 15. Dezember 2022 eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 € als Einmalzahlung.
- Neben der Strompreisbremse wird die Bundesregierung nun auch eine Gaspreisbremse einführen.
- Die Gasumlage wurde nach Kritik und kontroversen Diskussionen noch vor ihrer Einführung am 01. Oktober 2022 wieder abgeschafft.

- Die Expert\*innen-Kommission Gas und Wärme hat bereits Vorschläge zur Gaspreisbremse gemacht. Diese beinhaltet sowohl eine Übergangszahlung in Form einer Übernahme der Gaspreisrechnung im Dezember 2022, als auch eine echte Gaspreisbremse ab März 2023. Jetzt wird die Bundesregierung anhand der Vorschläge die genaue Umsetzung ausarbeiten.

- Die Strompreisbremse sieht vor für Verbraucher\*innen und Klein- und Mittelständische Unternehmen einen Basisverbrauch zu subventionieren. Alles über den Basisverbrauch hinausgehende muss dann mit dem aktuellen Marktpreis bezahlt werden.

- Ein Nachfolgemodell für das beliebte 9-€-Ticket ist beschlossen. Es soll ab dem 1. Januar 2023 ein 49-€-Ticket bundesweit eingeführt werden. Zwei Jahre nach Einführung wird das Modell dann einer Überprüfung unterzogen.

Für den gesamten Abwehrschirm wird die Bundesregierung umfangreiche Finanzmittel in Höhe von bis zu 200 Milliarden € zur Verfügung stellen.

**Ein unumgänglicher Schritt ist aber auch die Einsparung von Energie, um nicht in eine Gasmangellage zu geraten. Dafür sollen, laut Experten, die richtigen Anreize geschaffen werden. Gewerkschaften fordern darüber hinaus eine gerechte Finanzierung der Entlastungen mit wirksamen Abschöpfungen von Krisengewinnen und auch mit erfolgreichen Tarifbewegungen um die Einkommen dauerhaft zu stärken.**